

Über neue Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu neuen Spielregeln für die Arbeit

Autor(en): **Studer, Hans-Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **88 (1994)**

Heft 9

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143853>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

So müsste ich denn eigentlich den Text nochmals schreiben, mit Betonung der feministischen Dimension, wobei die Begründung allerdings genau dieselbe bleiben würde: Ein Nicht-in-Beziehung-treten-Wollen zu etwas anderem, sogar zu etwas, das einem als böse erscheint, ist mit meiner feministischen Grundhaltung nicht vereinbar. Natürlich gibt es Grenzen: Würde ich in einem faschistischen Umfeld leben, so sähe ich keine Möglichkeit, dieses Umfeld durch Aufnahme von Beziehungen zu verbessern, da der Faschismus eine lebensorientierte Beziehung zwischen Menschen ideologisch ablehnt.

Offensichtlich hat es für mich das Erleben des 6. Dezember 1992 gebraucht, damit ich realisieren konnte, wie zentral in meiner politischen Grundüberzeugung der Begegnungsansatz ist. Dies wird sicher auch so bleiben. Aber jetzt, da ich diesen Zugang gefunden habe, wird mir auch der Bruch verständlich, der sich danach für mich ereignet hat. Es wird nicht mehr so werden, wie es für mich vorher war. Aber ich will ja auf jene Leute auch wieder zugehen können, mit denen der Bruch geschah. Sonst hätte ich das Obenstehende zu Unrecht formuliert.

Hans-Peter Studer

Über neue Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu neuen Spielregeln für die Arbeit

*«Jenseits etablierter Lehrmeinungen» denkt Hans-Peter Studer über den Gigantismus der Wachstumsökonomie nach. Er bleibt aber nicht bei der Kritik stehen, sondern zeigt uns auch Alternativen auf, um die Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft radikal zu verändern und den systembedingten Egoismus der heutigen Konkurrenzwirtschaft in Schranken zu weisen. Als Folge würden Arbeit und Einkommen auch international wieder gerechter verteilt; darüber hinaus würden die Menschen die Erde nicht mehr nachhaltig zerstören, sondern wieder lernen, sie zu bewahren und zu lieben. Bekannt geworden ist Hans-Peter Studer mit seinem 1992 bereits in dritter Auflage erschienenen Buch: *Jenseits von Kapitalismus und Kommunismus, Kritik der materialistischen Gesellschaft und Wege zu ihrer Überwindung* (osiris-verlag, Speicherschwendi). Der Autor arbeitet als selbständiger Umwelt- und Gesundheitsökonom.*

Red.

Diskussionsgrundlagen jenseits etablierter Lehrmeinungen

Jeder soll möglichst ungehindert seinen eigenen Nutzen verfolgen können, und dann wird daraus das optimale Gesamtwohl resultieren. So will es die ökonomische Theorie seit Adam Smith. Wie wir mittlerweile wissen, stimmt dieses Postulat dahingehend, dass so zwar immer mehr

Wohlstand entsteht. Dieser kommt jedoch nur einem kleinen Teil der Menschen zugute und basiert auf einer stets gigantischeren *Naturzerstörung*. Je mehr zudem der materielle Gütersegen überhandnimmt, desto weniger hat er mit Lebensglück und Lebensqualität zu tun – so klug sollten zumindest wir in den reichen Industrieländern inzwischen geworden sein. Die sozialen und ökologischen Folgekosten aber, die er

mit sich bringt, rufen nach noch mehr Wachstum, um sie finanzieren zu können, und gleichzeitig wird es immer schwieriger, in übersättigten Märkten die Produktion noch weiter zu steigern.

Wie das Goethe bereits vorausgesehen hat, sehen wir uns zusehends in der Rolle des *Zauberlehrlings*, der die Geister, die er rief, nicht mehr los wird. Die Wohlstandserzeugung, basierend auf dem Prinzip Eigennutz, hat eine Eigendynamik angenommen, die sich verselbständigt und unserer Steuerung und Kontrolle entzieht. Das Immer-noch-Mehr ist zum zwanghaften Imperativ geworden, welcher uns Menschen in die individuelle und kollektive Selbstzerstörung zu reissen droht.

Ungleiches Spiel mit vielen Verlierern

Dies gilt nicht zuletzt auch für die *menschliche Arbeit*. Einst gerufen, um uns die Arbeit abzunehmen und zu erleichtern, haben die von uns in Dienst gestellten Maschinen genau dies getan. Aber eben nicht so, dass wir dadurch wirklich mehr Zeit und Musse erhalten hätten. Im Gegenteil müssen wir aufgrund einer unerbittlichen, auf dem Nährboden des Egoismus gewachsenen Konkurrenzwirtschaft Maschinen, Automaten und Roboter in immer grösserem Umfang einsetzen und Produktion und Konsum immer weiter steigern, ohne mehr nach dem Sinn zu fragen. Als Folge haben die einen zuviel, die anderen zu eintönige und die dritten gar keine Arbeit mehr.

Und auch dies entspricht durchaus der *Logik des Eigennutzes*: Wenn alle primär nur für sich selber schauen, dann gelingt das den einen besser als den anderen; es gibt scheinbare Gewinner und tatsächliche Verlierer. In einem System, das vom Zwang zur maschinellen Produktionssteigerung dominiert wird, gehören zu den Verlierern – nebst der Natur – jene, die nur ihre menschliche Arbeitskraft anbieten können und darüber hinaus noch sogenannten schlecht qualifiziert sind.

Bei den *Gewinnern* jedoch sind diejenigen zu finden, die über eine gute Ausbildung und über soziales Ansehen verfügen,

sowie jene, die andere Arbeitskräfte in ihren Dienst zu stellen und bei Bedarf wieder zu entlassen vermögen. Vor allem aber gewinnen jene, die kreditwürdig genug sind, um sich günstig verschulden zu können, oder die Kapital zur Finanzierung der maschinellen Produktion zur Verfügung stellen und so einen stets grösseren Teil des gesamtwirtschaftlichen Kuchens für sich beanspruchen können.

Dieses ungleiche Spiel wird solange einigermaßen ungehindert und problemlos vonstatten gehen, als das *gesellschaftliche Produktionsvolumen* noch weiter *gesteigert* werden kann und damit auch für die wachsende Zahl der Benachteiligten zumindest die Krümel des Wohlstandskuchens abfallen. Und es nimmt solange seinen Fortgang, als die menschliche Arbeit, die durch den Einsatz von Maschinen wegrationalisiert wird, durch die Produktion eben dieser Maschinen und durch die weitere, staatlich unterstützte Verkomplizierung der Produktions- und Verteilstrukturen andernorts wieder aufgefangen werden kann.

Mit noch mehr Produktion und Konsum zu wieder mehr Arbeit?

Beides ist heute allerdings immer weniger der Fall. Der langfristige Wachstumstrend zeigt sich stets abgeflachter. Er hat gar einen akuten und unerwartet starken Einbruch erlitten, und dies ausgerechnet in einer Zeit, in welcher der Rationalisierungseffekt der *Computerisierungswelle* selbst beim bisherigen Hoffnungsträger für die Beschäftigung, dem Dienstleistungssektor, massiv durchzuschlagen begann. Als Folge konnten die untragbar hohen Arbeitslosenzahlen in den Industriestaaten – geschweige denn jene in den «Entwicklungsländern» – kaum mehr nennenswert gesenkt werden und kletterten auf neue Rekordmarken.

Für konventionell denkende Ökonomen bleibt da nur die Flucht nach vorn, frei nach dem Motto «weiter wie gehabt, aber nun erst recht!» Sie plädieren für die unverzügliche weitere *Ankurbelung des wirtschaftli-*

chen Wachstums über die rigorose Beseitigung staatlicher Hemmnisse der Wirtschaft, über die weitere Liberalisierung des Welthandels, über die weitere Verbesserung der Faktormobilität, über die weitere Vergrösserung und Globalisierung der Märkte und über die weitere Konzentration der Unternehmungen.

«Strohfeuer-Politik» könnte man diese *phantasielose Strategie der Ratlosigkeit* auch nennen. Sie wird absehbar in ein noch grösseres Chaos münden, zu noch mehr vereinnahmter und zerstörter Natur führen, zu noch grösseren und unhaltbareren Unterschieden zwischen Starken und Schwachen, zwischen wenigen Reichen und vielen Armen, zwischen jetzt erst recht Gutverdienenden und noch mehr Arbeitslosen, zwischen übermässig Satten und hoffnungslos Hungernden.

Diese Strategie wird noch *grössere Güterströme* zur Folge haben, die aufgrund rein betriebswirtschaftlicher Kostensignale und ohne jede Rücksicht auf externe soziale und ökologische Schäden sinnlos um den Erdball geschleust werden. Und sie wird die *Macht der internationalen Konzerne* noch weiter vergrössern, die sich jenseits nationalstaatlicher Kontrolle die besten Produktions- und Absatzbedingungen aussuchen können und ihre kleineren Mitkonkurrenten und Zulieferanten zwingen, ebenfalls ohne Rücksicht auf Verluste an Mensch und Natur sogenannte Rationalisierungspotentiale auszuschöpfen.

Wer demzufolge über neue Rahmenbedingungen für die Wirtschaft nach neuen Spielregeln für die Arbeit sucht, darf nicht den verlockenden, wissenschaftlich-politische *Anerkennung* versprechenden Fehler machen, die bisherigen, untauglichen Grundgegebenheiten des freien – oder besser gesagt immer weniger freien, weil lediglich ungehinderten – Wirtschaftens noch weiter zu verabsolutieren.

Sie oder er sollte sich aber auch bewusst sein, dass mögliche Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, solange sie nicht gleichzeitig die heute gültigen Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft thematisieren und zu ändern suchen, lediglich Sym-

ptomkorrekturen in Form von örtlichen und zeitlichen *Problemverlagerungen* gleichkommen. Bloss Symptomkorrekturen werden aber auch zwangsläufig in Widerspruch zu den Anforderungen einer sogenannten rationellen, auf Wahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bedachten Betriebsführung geraten.

Für *staatliche* Arbeitsbeschaffungsmassnahmen und Ausbildungs- oder Umschulungsprogramme liegt die im wesentlichen bloss symptommindernde Wirkung auf der Hand. Auch letztere stellen nur unabdingbare Notstandsmassnahmen dar, die im übrigen zu seiner Zeit bereits von Adam Smith vorgeschlagen wurden, die aber nichts an der heutigen Unlogik des marktwirtschaftlichen Systems ändern, sondern sie – bei zusätzlicher Steigerung der Staatsquote – höchstens noch unterstützen.

Mehr Arbeitsplätze dank kürzerer Arbeitszeit?

Etwas anders liegen die Verhältnisse beim Vorschlag der gesetzlichen oder kollektivvertraglichen Reduktion und auch Flexibilisierung der Arbeitszeit. Sie schafft zwar grundsätzlich Rahmenbedingungen des Wirtschaftens, die auf eine gerechtere Verteilung der Arbeit hinwirken könnten und rein rechnerisch auch finanzierbar wären. Andererseits gerät nun aber genau dieser Vorschlag in *Konflikt mit den heute herrschenden Systemgesetzmässigkeiten*, im besonderen mit dem unbedingten Primat des Erhalts der betriebs- und volkswirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit. Gerade in einer rezessiven Phase wird es von der Arbeitgeberseite mit besonderer Vehemenz ins Feld geführt, zumal sie dann gegenüber den Arbeitenden am noch längeren Hebel sitzt.

Und selbst wenn in der Folge die Arbeitszeit allen Widerständen zum Trotz und wohl am ehesten über eine Opfersymmetrie zwischen Kapital und Arbeit verkürzt werden kann, wird diese Reduktion kaum substantiell genug ausfallen. Darüber hinaus kommt sie lediglich einer momentanen

Verbesserung der Situation gleich, die wenig am Wachstums-, Globalisierungs- und damit verbundenen *Rationalisierungszwang* der Wirtschaft ändert. Zudem wird sie die gesellschaftlichen *Einkommensunterschiede* noch vergrössern, weil sich die Gutverdienenden mit dem Argument ihrer Unersetzlichkeit selbstredend von der Beschränkung ihrer eigenen Arbeitszeit ausnehmen und ihre komfortable Einkommenssituation durch hohe Kapitaleinkommen noch zusätzlich aufbessern werden.

Arbeitsloses Mindesteinkommen

Ähnlich könnten die Wirkungen bei einem anderen Instrument zur Veränderung der Spielregeln für die Arbeit sein: beim staatlich garantierten Mindesteinkommen, das sich bereits seit den siebziger Jahren in Diskussion befindet. Hier besteht nämlich die Gefahr – und das macht das Modell selbst für vereinzelte politisch konservativ eingestellte Ökonomen attraktiv –, dass die im Produktionsprozess überflüssig Gewordenen mit jetzt gutem Gewissen *auf bequeme Weise ausgesteuert* und auf möglicherweise lebenslängliche Rente gesetzt werden können.

Andererseits ist aber auch die berechtigte Hoffnung gegeben, dass aufgrund eines staatlich gewährleisteten Existenzminimums, das wohl am zweckmässigsten in Form der *negativen Einkommenssteuer* unter teilweiser Anrechnung des bestehenden Einkommens ausgestaltet werden sollte, Raum entstehen kann für ganz neue Lebens- und Arbeitsmodelle. In ihnen dürfte die Nächsten- und Nachbarschaftshilfe wieder einen höheren Stellenwert erhalten. Darüber hinaus würde aber auch der heutige verabsolutierte Leistungsbegriff eine längst fällige Relativierung erfahren und die noch vorherrschende Wertung von Lohnarbeit als einzig sinnvoller Arbeit aufgeweicht werden.

Weil allerdings der Grundsatz «wer nicht lohnarbeitet, soll auch nicht essen» in unserem System noch enorm stark verankert ist, besteht beim Modell des Minimaleinkommens doch die Gefahr, dass die Empfänger

rinnen und Empfänger desselben – wie heute bei der Sozialhilfe bereits der Fall – als *Menschen zweiter Klasse* oder gar als Schmarotzer ausgegrenzt werden und dass sich selbst längerfristig wenig an der derzeitigen Unlogik des marktwirtschaftlichen Systems ändern wird.

Teurere Energie und billigere Arbeit

Um einiges günstiger sieht diese Bilanz allerdings dann aus, wenn das Minimaleinkommen über *Lenkungssteuern auf Energie* finanziert wird, wie überhaupt die relative Verbilligung des Produktionsfaktors Arbeit über eine relative Verteuerung des Faktors Energie eine weitere Möglichkeit darstellt, gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen so zu verändern, dass sie sich für die menschliche Arbeit positiv auswirken. Wegen der höheren Energiekosten geht auch das Transportvolumen zurück, und die Produktionsstrukturen werden sich wieder stärker dezentralisieren. Damit entstehen entlastende Wirkungen für die Natur, indem sie weniger dazu missbraucht wird, über die maschinelle Produktion und Verteilung ihre eigene Zerstörung weiter voranzutreiben.

Der Vorschlag von Lenkungsabgaben auf Energie und auch auf anderen Rohstoffen ist im übrigen ebenfalls lange schon in Diskussion und gewinnt zusehends an Akzeptanz. Allerdings sind die Wirtschaft und ihre Lobbys wenig interessiert, die Energie substanziell zu verteuern und damit eine vermehrte ökologische und auch ökonomische *Kostenwahrheit* herbeizuführen. In absehbarer Zukunft wird denn auch höchstens eine vergleichsweise geringe, mit Ausnahmebestimmungen verwässerte CO₂-Abgabe politisch möglich sein und später vielleicht eine zu massvolle Energiesteuer hinzukommen, am ehesten nach dem Prinzip eines staatsquotenneutralen Ökobonus.

Obwohl nämlich die Notwendigkeit von griffigen Energiesteuern nicht nur beschäftigungspolitisch, sondern vor allem auch ökologisch klar gegeben wäre, wirkt hier ebenfalls das marktwirtschaftliche Grund-

prinzip des *kurzsichtigen Egoismus* auf perfekte Weise. Wie wöchentlich den Medien zu entnehmen ist, weiss es sich vor allem des Grundsatzes zu bedienen, die internationale Konkurrenzfähigkeit dürfe durch derartige Massnahmen nicht angetastet und es müsse deshalb zugewartet werden, bis die anderen den ersten Schritt täten.

So zweckdienlich sie an sich wären, auch Ökosteuern auf Energie oder gar eine ökologische Steuerreform sind als Veränderungen der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für sich allein noch nicht stark genug, um die Systemlogik grundlegend in Frage zu stellen und dahingehend zu transformieren, die selbstwuchernde Wirtschaftssphäre wieder zu einem integralen Bestandteil der Gesellschaft zu machen. Einer der Hauptgründe hierfür liegt darin, dass durch die Verteuerung der Energie die Problematik des *grenzenlosen Eigennutzes und Reichtumsstrebens* nicht angegangen und demzufolge auch wenig an der ungerechten Verteilung von Arbeit und Einkommen und den dadurch bedingten Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen geändert wird.

Mehr Arbeit durch anderes Geld

Hier würde ein weiterer Vorschlag veränderter Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft wesentlich radikaler in die Systemlogik eingreifen, der aber wohl gerade deswegen seit bald hundert Jahren möglichst totgeschwiegen wird: Wie ursprünglich von *Silvio Gesell* postuliert, könnte die Natur des Geldes dahingehend verändert werden, dass darauf ein periodischer Abschlag erhoben würde. Er wäre beim Bargeld am höchsten und bei langfristigen Anlagen am geringsten oder gleich Null. Dadurch entfielen Zinserträge und mit ihnen die gigantische Umverteilung über den Zins, welche heute von den 80 Prozent Minderbemittelten hin zu den 10 Prozent Vermögenden und Vermögendsten stattfindet, jedoch ohne dass dies der Allgemeinheit wirklich bewusst wäre.

Woher erhält jemand mit einem Millio-

nen- oder gar Milliardenvermögen seine regelmässigen Vermögenserträge? Sie fallen nicht einfach vom Himmel, sondern werden irgendwo dem System entzogen, fehlen andernorts, müssen von anderen berappt werden. Die ökonomische Theorie, seinerzeit wesentlich mitbeeinflusst durch sozialdarwinistische Einflüsse, tut zwar so, als seien die *Reichen und Reichsten systemnotwendig*, denn durch ihre Investitionstätigkeit würden sie für alle mehr Reichtum schaffen. Dieser Schluss ist jedoch alles andere als zwingend. Und was die Theorie nicht sehen kann und will, ist die naheliegende Tatsache, dass, was einzelne über alle Massen für sich beanspruchen, andere zwangsläufig zu wenig haben werden.

Im besonderen gilt dies auch für die Arbeit. Um hohe Vermögenseinkommen und ihre immer weitere Verzinsung zu ermöglichen, muss zwangsläufig *Geld dem Arbeitsprozess entzogen* werden, und zwar in Form von niedrigen Löhnen oder der Wegrationalisierung von Arbeit. Umgekehrt heisst dies, dass in der Tat wieder weit mehr Spielraum für den Faktor Arbeit entsteht, wenn der Umverteilung über den Zins ein Riegel geschoben wird.

Wie vereinzelt, von offizieller Seite in der Regel rasch unterbundene Experimente, zum Beispiel in der österreichischen Stadt Wörgl, gezeigt haben, würde das Modell des sogenannten Freigeldes wohl auch tatsächlich funktionieren und wieder vermehrt Arbeit für alle ermöglichen. Allerdings besteht dabei die immanente Gefahr, dass so das gesamtwirtschaftliche Produktionsvolumen auf *Kosten der Natur* noch zusätzlich aufgebläht würde. Dies gilt umso mehr, als jetzt einerseits die Kapitalzinsen sehr niedrig wären und andererseits die einzige Möglichkeit der unbeschränkten Geldvermehrung nur noch über den Gewinn und Gewinnesgewinn zustande käme, also durch die direkte Investition in die Wirtschaftssphäre.

Langsamer, weniger, besser, schöner

Wenn wir demgegenüber zu einem langfristig überlebensfähigen Wirtschafts- und

Gesellschaftssystem finden wollen, in welchem sowohl die Arbeit als auch die Natur wieder in ihr Recht gesetzt sind, kann dies nur heissen, von der erzwungenen Verschwendung wegzukommen und allen voran in den Industrieländern das *Produktions- und Konsumniveau* bewusst und gezielt auf ein menschen- und mitweltverträgliches Mass zu *senken*.

«Langsamer, weniger, besser, schöner» muss zum zentralen Leitgedanken dieser grundsätzlichen Neuorientierung werden, und die Fragestellung einer *Ökonomie der Zukunft* wird dann zum Beispiel lauten: «Wie können die Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft so ausgestaltet werden, dass mit einem Minimum an Wirtschaftsleistung und unter grösstmöglicher Rücksichtnahme auf die Natur ein Maximum an Lebensqualität für die gesamte Menschheit entsteht?»

Antworten auf diese neuartige Fragestellung werden in der Folge sowohl der *ökologischen Kostenwahrheit*, die in einem marktwirtschaftlichen System alles andere denn natürlicherweise gegeben ist, zum Durchbruch verhelfen, als auch eine vermehrte, auf Individuen und Gruppen bezogene *Verteilungsgerechtigkeit* herbeiführen, wie sie von einer nur sich selbst überlassenen Marktwirtschaft keineswegs erwartet werden kann.

Grundsätzlich nicht gerüttelt werden sollte jedoch an der *marktwirtschaftlichen Selbstregulierung* von Produktion und Konsum, denn eine planwirtschaftliche Steuerung eines derart komplexen Gebildes wie der Volkswirtschaft scheidet als wenig sinnvolle Alternative zum vornherein aus und hat sich mittlerweile auch in der Praxis als illusionär erwiesen.

Selbstregulierte Marktwirtschaft mit Mass

Der Weg hin zu einer Marktwirtschaft mit Mass, die selbstreguliert und nicht mehr selbstwuchernd ist, wird in der Folge wohl am ehesten in Richtung einer *Kombination der bisher aufgelisteten Möglichkeiten* für veränderte Rahmenbedingungen

gesucht werden müssen, wobei die blossе Kombination allein noch nicht ausreichen dürfte. Ich für meinen Teil bin jedenfalls auf eine Lösung gestossen, die darin besteht, das garantierte Minimaleinkommen mit einem Maximaleinkommen zu koppeln und durch Lenkungsabgaben auf Energie mitzufinanzieren.

Das von einer natürlichen Person *höchstens erzielbare steuerbare Einkommen* wäre gemäss diesem Modell beispielsweise siebenmal so hoch wie das staatlich garantierte Mindesteinkommen. Maximal ein Viertel davon könnte Kapitaleinkommen sein. Für juristische Personen, d.h. Unternehmungen, läge die Obergrenze des steuerbaren Gewinns beispielsweise beim 25-fachen des steuerbaren Maximaleinkommens der natürlichen Personen, und zwar unabhängig vom erzielten Umsatz und bei Wegfall des Holdingprivilegs. Darüber hinausgehende Einkommen und Gewinne könnten von der betreffenden Person bzw. Unternehmung als Schenkung an andere weitergegeben werden oder würden sonst an die Allgemeinheit fallen. Zudem würden die Einkommen und Gewinne innerhalb der möglichen Bandbreite zwar progressiv, aber vergleichsweise niedrig besteuert.

Diese zugegebenermassen radikale Lösungsvariante führt zu wieder kleinräumigen, *dezentralen Produktionsstrukturen* auf der Basis kleinerer und mittlerer Betriebe und macht einen Grossteil an sich unnötiger wirtschaftlicher Zwischenleistungen, insbesondere Transporte, überflüssig. Aufgrund des verringerten Konkurrenzdrucks und höherer Energiepreise wird die rein maschinelle Produktion verringert, die Technik wieder in den Dienst des Menschen gestellt und die Ökosphäre massiv entlastet. Zudem werden die heutigen wirtschaftlichen Machtkonzentrationen aufgelöst und *Demokratisierungsprozesse* auch in der Wirtschaftssphäre möglich. Und schliesslich haben veränderte Wechselkurse, bedingt durch die vorübergehende Kapitalflucht und den Rückgang der Produktion, endlich gerechtere Austauschbeziehungen mit der Zweiten und Dritten Welt zur Folge.

Weil der Erhalt der internationalen Konkurrenzfähigkeit in diesem Modell nur eine sehr untergeordnete Rolle spielt, hat es zudem den gewaltigen Vorteil, dass es von einzelnen *Pionierstaaten in alleiniger Initiative* verwirklicht werden kann. Was das gesamtwirtschaftliche Volumen an Lohnarbeit anbelangt, so wird dieses zwar zurückgehen, aufgrund der Einkommensbeschränkungen jedoch gleichzeitig gerechter unter den Mitgliedern der Gesellschaft aufgeteilt werden. Zudem dient die vorübergehende Abschöpfung des Überfluswohlstandes dazu, die Anpassungsprobleme beim Übergang zu einem gemässigten Produktions- und Konsumvolumen zu bewältigen, indem damit insbesondere die Neugründung von Kleinunternehmungen unterstützt wird.

Die Kraft der Utopie

Es mag vorderhand utopisch anmuten, derartige Wege zur Veränderung der Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft ins Auge zu fassen und damit nicht zuletzt für die Arbeit neue Spielregeln möglich zu machen. Gleichzeitig ist es aber so, dass uns in der heutigen Zeit nur noch *echte Utopien* weiterhelfen können, denn alles andere kommt blosser Schönfärberei oder

zu wenig weitgehenden Scheinlösungen gleich.

Je unhaltbarer und ungemütlicher unsere Lage bei blosser Fortschreibung der derzeitigen Entwicklungen sein wird, desto mehr werden solche Utopien zu prüfenswerten Alternativen. Und schon heute können sie *Orientierungshilfen für die Zukunft* bilden, welche bislang noch weitgehend fehlen, welche aber dringend erforderlich sind, wenn die Gesellschaft die Kraft aufbringen soll, etwas an den bestehenden Zuständen und angeblichen Sachzwängen zu ändern.

Was aber auch nicht vergessen werden darf, sind die geistigen Rahmenbedingungen, die zusammen mit den institutionellrechtlichen Veränderungen der Marktwirtschaft vonnöten sind. In diesem Bereich bestehen schon heute Möglichkeiten, das eigene Leben anders zu gestalten und sich auf der Basis eines gemässigten Anspruchsniveaus einigermaßen aus den Zwängen und Abhängigkeiten einer *materialistischen Lebensweise* zu befreien. Mehr und mehr Menschen stehen derzeit in einem solchen Bewusstwerdungsprozess und können mit dafür sorgen, dass andere Regeln für unser Wirtschaften und Arbeiten vielleicht weit schneller möglich werden, als uns das heute denkbar scheint.

Nicht Gott oder der echte Mensch, der ein Schützer und Erlöser der Natur sein sollte (vgl. Römer 8,18ff.), ist mehr Herr der Natur, sondern die Technik. Sie ist der Moloch geworden, der Himmel und Erde, Wasser und Luft beherrscht. Ihr ist kein geschichtlich geweihtes Alpental heilig... Ihr ist nichts heilig, ausser dem, was in der Bibel das am wenigsten Heilige ist, das Geld als Profit.

(Leonhard Ragaz, Die Bibel eine Deutung, Bd. II, Zürich 1947, S. 145f.)
